Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr. Ungehinderter Verkehr mit den politischen Gefangenen der Besatzungsmächte.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, mit den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte zu verhandeln mit dem Ziel, daß den Abgeordneten der deutschen gesetzgebenden Körperschaften keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden, in Erfüllung ihrer Abgeordnetenpflichten politische Gefangene, die sich in Gewahrsam der Besatzungsmächte auf deutschem Boden befinden, zu besuchen.

Bonn, den 13. September 1951

Dr. Mühlenfeld und Fraktion